



An die  
Mitglieder des Kreistages  
des Landkreises Kusel  
und die Kreisbeigeordneten

**Trierer Str. 49 - 51  
66869 Kusel**

Telefon: (06381) Sammelruf: 424 - 0

Telefax: (06381) 424 - 440

E-Mail: Marc.Wolf@kv-kus.de

**Banken:**

Kreissparkasse Kusel [BLZ 540 515 50]

Konto-Nr. 4739

Postbank L'hafen [BLZ 545 100 67]

Konto-Nr. 209 62 - 674

Ihre Nachricht/Zeichen	Unser Zeichen	Auskunft erteilt	Durchwahl	Zi.-Nr.	Datum
	1/002-12	Herr Wolf	424-111	181	10.04.2013

## Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 4. März 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

beiliegend übersenden wir Ihnen die Niederschrift über die o. g. Sitzung des Kreistages mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Einwendungen gegen die Niederschrift, über die gemäß § 34 Abs. 3 LKO der Kreistag entscheidet, bitten wir umgehend mitzuteilen. Sie sind spätestens in der nächsten Sitzung vorzubringen.

Weiterhin übersenden wir Ihnen beigefügt die schriftliche Beantwortung zu der Anfrage der Kreistagsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ zum Thema „Lärmschutz/Raumakustik in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen“.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

(Marc Wolf)

Besuchszeiten:

Montag bis Mittwoch:  
8.30 - 12.00 Uhr  
14.00 - 16.00 Uhr

Donnerstag:  
8.30 - 12.00 Uhr  
14.00 - 18.00 Uhr

Freitag:  
8.30 - 12.00 Uhr  
oder nach Vereinbarung

# SITZUNG

Sitzungstag:

04.03.2013

Sitzungsort:

Kusel

---

Namen der Mitglieder des Kreistages

---

## Vorsitzender

Dr. Winfried Hirschberger	
---------------------------	--

## Niederschriftführer

KOVR Manfred Drumm	
--------------------	--

## SPD

Rudi Agne	
Matthias Bachmann	
Karl-Heinz Becker	
Detlef Bojak	
Frieder Haag	
Jürgen Kreisler	
Dr. Oliver Kusch	
Ute Lauer	
Axel Müller	
Klaus Müller	
Erwin Reiber	
Andrea Schneider	
Anni Schummel	
Friedrich Wunn	

## CDU

Toni Guhmann	
Xaver Jung	
Michael Kolter	
Christoph Lothschütz	
Karl Marchetti	
Dr. Leo Reiser	TOP 1 entschuldigt
Rosemarie Saalfeld	
Dr. Stefan Spitzer	

## FWG

Rüdiger Becker	
Hans Harth	
Martin Pfeiffer	
Helmut Weyrich	

### **Bündnis 90/ Die Grünen**

Patricia Altherr	
Dr. Wolfgang Frey	
Andreas Hartenfels	

### **Wählergruppe Jung Egbert**

Egbert Jung	
Heinrich Steinhauer	

### **FDP**

Katharina Büdel	
Peter Matzenbacher	

### **Die Linke**

Robert Drumm	
Martin Trapp	

### **Kreisbeigeordnete**

Erster Kreisbeigeordneter Jürgen Conrad	
Kreisbeigeordneter Otto Rubly	
Kreisbeigeordneter Gerhard Kirch	

### **Verwaltung**

Kreisbeschäftigter Dieter Korb	
KVD Ulrike Nagel	
RD Horst-Dieter Schwarz	
KAM Marc Wolf	

### **Abwesend:**

#### **SPD**

Sigmar Leixner	entschuldigt
----------------	--------------

#### **CDU**

Josef Weis	entschuldigt
------------	--------------

# Tagesordnung

**der öffentlichen Sitzung des Kreistages am Montag, dem 04.03.2013,  
um 16:00 Uhr, im Veranstaltungsraum der Kreissparkasse Kusel (3. OG),  
Gartenstraße 4, in Kusel**

1. Einwohnerfragestunde
2. Vorstellung der Ergebnisse der Potentialanalyse für erneuerbare Energien für den Landkreis Kusel
3. Nachwahl von Ausschussmitgliedern;  
hier: Mitglied des Schulträgerausschusses
4. Vollzug des Haushaltsplanes 2011;  
hier: Haushaltsüberschreitungen
5. Jahresabschluss 2011;
  - 5.1. Feststellung des Jahresabschlusses
  - 5.2. Entlastung des Kreisvorstands
6. Unterrichtung über unterjährige Prüfungen des Rechnungsprüfungsamtes im Jahr 2012
7. Haushalt 2013;
  - 7.1. Festsetzung des Kreisumlagehebesatzes
  - 7.2. Konsolidierungsvertrag zur Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)
  - 7.3. Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Landkreises Kusel für das Haushaltsjahr 2013
8. Nationale Klimaschutzinitiative;  
hier: Erstellung einer Klimaschutzkonzeption für den Landkreis Kusel
9. Vitalbad Pfälzer Bergland GmbH;  
hier: Bürgschaft des Landkreises für Kredite der Gesellschaft
10. Anträge von Fraktionen des Kreistags;  
hier: Erstellung eines Armutsberichts (Die Linke)
11. Anfragen von Fraktionen des Kreistags;  
hier: Lärmschutz/Raumakustik in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen (Bündnis 90/Die Grünen)
12. Informationen

\*\*\*\*\*

Der Vorsitzende eröffnete gegen 15.00 Uhr die 1. Kreistagssitzung in diesem Jahr, die 16. Sitzung der laufenden Legislaturperiode und gleichzeitig die 242. Kreistagssitzung nach dem Kriege.

Nach einleitenden Begrüßungsworten stellte er die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Anschließend beantragte Herr Matthias Bachmann für die SPD-Fraktion, die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte dahingehend zu verändern, dass Tagesordnungspunkt 5 (Vitalbad Pfälzer Bergland GmbH; hier: Bürgschaft des Landkreises für Kredite der Gesellschaft) nach dem Tagesordnungspunkt Haushalt 2013 behandelt wird. Der Kreistag stimmte dem Antrag mit 20 Ja-Stimmen und der somit erforderlichen einfachen Mehrheit zu. Herr Xaver Jung beantragte anschließend für die CDU-Fraktion, auch die übrigen Punkte mit Auswirkungen auf den Haushalt 2013 und zwar Tagesordnungspunkt 3 (Nationale Klimaschutzinitiative; hier: Erstellung einer Klimaschutzkonzeption für den Landkreis Kusel) und Tagesordnungspunkt 6 (Anträge von Fraktionen des Kreistags; hier: Erstellung eines Armutsberichts (Die Linke)) ebenfalls hinter dem Tagesordnungspunkt Haushalt 2013 zu verschieben. Dem Antrag der CDU-Fraktion stimmte der Kreistag mit 17 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen zu.

Sodann wurde mit der Abhandlung der Tagesordnung in der geänderten Reihenfolge (siehe Tagesordnung) begonnen.

<b>Kreistags-Sitzung am 04.03.2013</b> <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>36</b>		
<b>TOP: 1</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

### ***Einwohnerfragestunde***

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren keine Fragen bzw. Vorschläge und Anregungen bei der Verwaltung eingegangen.

<b>Kreistags-Sitzung am 04.03.2013</b> -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>37</b>		
<b>TOP: 2</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

### ***Vorstellung der Ergebnisse der Potentialanalyse für erneuerbare Energien für den Landkreis Kusel***

Bevor der Vorsitzende das Wort an den Leitenden Planer und Geschäftsführer der Planungsgemeinschaft Westpfalz, Herrn Dr. Hans-Günther Clev, übergab, wies er darauf hin, dass der Online-Rechner für Erneuerbare Energien, den die Planungsgemeinschaft Westpfalz in Auftrag gegeben habe, erst ab 12.03.2013 offiziell bereitgestellt werde. In Abstimmung mit dem Vorsitzenden der Planungsgemeinschaft könne man dem Kreistag bereits heute die Ergebnisse der Potentialanalyse für den Landkreis Kusel vorstellen.

Herr Dr. Clev stellte voraus, dass man mit dem Rechner den Verantwortlichen in den Kommunen die Potenziale aufzeigen wolle, um diesen somit eine Entscheidungshilfe beispielsweise im Hinblick auf die Erstellung lokaler Klimaschutzkonzepte oder auch Grundlagen für Verhandlungen mit Projektentwicklern im Bereich Windkraft zu liefern. Aber auch die Bürger könnten daraus ersehen, wie viel Strom in ihrer Gemeinde bereits mithilfe regenerativer Energie erzeugt wird. Die Fertigstellung des Tools, welches von der Klärle GmbH entwickelt wurde, habe sich zeitlich etwas verzögert, da dieses erstmals für eine gesamte Region umgesetzt wurde. Da die Maßnahme landesweit Pilotcharakter habe, habe das Wirtschaftsministerium das Projekt zur Hälfte finanziert. Die Berechnung erfolge dabei auf Basis der aktuellen gesetzlichen Grundlagen und werde bei Änderung entsprechend angepasst. Des Weiteren habe man auch perspektivisch das Jahr 2020 hinterlegt, welches die reduzierten Verbrauchswerte berücksichtige, die aufgrund der demographischen Entwicklung zu erwarten seien. Der Nutzer habe nunmehr mit dem Online-Rechner die Möglichkeit, zu ermitteln, wie viel Strom mit Hilfe von Sonne, Wind, Biomasse und Wasser innerhalb einer Gebietskörperschaft, aber auch mit anderen Kommunen zusammen, erzeugt werden kann. Gleichzeitig zeige der Rechner, wie hoch die gesicherte jährliche Vergütung nach dem EEG wäre und man könne zudem anhand eines Reglers einstellen, wie viel Potenzial bei der jeweiligen Energieart mobilisiert werden solle. Er stellte anschließend die Funktionen des Rechners und die Strompotenziale am Beispiel des Landkreises Kusel und den Verbandsgemeinden Lauterecken und Altenglan sowie die Kombinationsmöglichkeiten für mögliche Kooperationen von Gebietskörperschaften vor.

Im Anschluss an den Vortrag wies der Vorsitzende darauf hin, dass nicht alle Potenziale, wie beispielsweise Wasserkraft, ohne weiteres erschließbar seien. Gleichzeitig erhoffe er sich aber hinsichtlich der ungenutzten Potenziale in den Privatwäldern, dass durch die Analyse auch dieses Energiepotenzial verstärkt in den Blickpunkt rücke.

Schließlich beantwortete Herr Dr. Clev noch Fragen der Kreistagsmitglieder zu dem Potentialrechner.

<b>Kreistags-Sitzung am 04.03.2013</b> -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>38</b>
		davon anwesend: <b>36</b>
<b>TOP: 3</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>
		Dafür   Dagegen   Enthaltung
		<b>36   0   0</b>

***Nachwahl von Ausschussmitgliedern;  
hier: Mitglied des Schulträgerausschusses***

Herr Patrick Dahlke hat mit Schreiben vom 31.01.2013 sein Mandat als Mitglied des Schulträgerausschusses niedergelegt.

Da Herr Dahlke als Lehrervertreter der Schulart Realschule plus dem Schulträgerausschuss angehörte, haben die Realschule plus Kusel und die Realschule plus Lauterecken/Wolfstein gemeinsam

Frau Andrea Sihler  
Lehrerin an der Realschule plus Lauterecken  
Auf'm Hob 3  
66887 Glanbrücken

als Mitglied des Schulträgerausschusses vorgeschlagen.

Gemäß § 28 Abs. 9 Satz 2 der Geschäftsordnung für den Kreistag findet die Wahl nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl statt.

Die Wahl erfolgt in öffentlicher Sitzung im Wege geheimer Abstimmung mittels Stimmzettel, sofern der Kreistag nicht ausdrücklich etwas anderes beschließt (§ 33 Abs. 5 LKO).

Der Vorsitzende beantragte, die Wahl nicht geheim, sondern offen durchzuführen. Der Kreistag stimmte dem Antrag des Vorsitzenden einstimmig zu. Sodann wurde über den Wahlvorschlag abgestimmt.

**Beschluss:**

Der Kreistag hat Frau Andrea Sihler einstimmig als Nachfolgerin von Herrn Patrick Dahlke gewählt.



<b>Kreistags-Sitzung am 04.03.2013</b> -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>37</b>		
<b>TOP: 4</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür <b>35</b>	Dagegen <b>0</b>	Enthaltung <b>2</b>

***Vollzug des Haushaltsplanes 2011;  
hier: Haushaltsüberschreitungen***

Beim Vollzug des Haushaltsplanes 2011 ergaben sich Haushaltsüberschreitungen in Höhe von insgesamt 396.588,24 €.

Diese entfallen komplett auf den Ergebnishaushalt / Finanzhaushalt. Im Investitionshaushalt sind keine Haushaltsüberschreitungen entstanden.

Die Haushaltsüberschreitungen des Ergebnishaushaltes / Finanzhaushaltes in Höhe von insgesamt 396.588,24 € sind ausschließlich bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen entstanden und belaufen sich auf 0,43 % der lfd. Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit (93.241.164,78 €). Zur Erläuterung der Haushaltsüberschreitungen lag den Kreistagsmitgliedern die Anlage 1 zum Rechenschaftsbericht vor. Der Jahresfehlbetrag des Ergebnishaushaltes liegt mit 13.925.837,07 € um 3.263.175,93 € unter dem geplanten Jahresfehlbetrag von 17.189.013 €. Das bedeutet, dass entsprechende Mehrerträge bzw. Mehreinzahlungen erzielt wurden um die Haushaltsüberschreitungen abzudecken.

Nach § 100 GemO i.V.m. § 57 LKO bedürfen überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, die nach Umfang oder Bedeutung erheblich sind, der Zustimmung des Kreistages. Nach § 5 Absatz 3 Ziffer 2. der Hauptsatzung des Landkreises ist die Zustimmung zur Leistung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen bis zu 100.000 € im jeweiligen Einzelfall dem Kreisausschuss zur Beschlussfassung übertragen.

Demnach obliegt dem Kreistag die Beschlussfassung über die Haushaltsüberschreitungen bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen in Höhe von 396.588,24 €.

**Beschluss:**

Der Kreistag stimmt den Haushaltsüberschreitungen bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen in Höhe von 396.588,24 € zu.

<b>Kreistags-Sitzung am 04.03.2013</b> -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b> davon anwesend: <b>35</b>				
<b>TOP: 5</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>				
		<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 33%; text-align: center;">Dafür</td> <td style="width: 33%; text-align: center;">Dagegen</td> <td style="width: 33%; text-align: center;">Enthaltung</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">-</td> <td style="text-align: center;">-</td> <td style="text-align: center;">-</td> </tr> </table>	Dafür	Dagegen	Enthaltung	-
Dafür	Dagegen	Enthaltung				
-	-	-				

## **Jahresabschluss 2011;**

### **5.1 Feststellung des Jahresabschlusses**

### **5.2 Entlastung des Kreisvorstands**

Gemäß den §§ 25 Abs.2 Ziffer 3 und 57 LKO i.V.m. § 114 Abs. 1 GemO beschließt der Kreistag über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses. Er entscheidet in einem gesonderten Beschluss über die Entlastung des Landrats und der Kreisbeigeordneten.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat den Jahresabschluss 2011 sowie die Anlagen zum Jahresabschluss unter Berücksichtigung der Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes sowie der Stellungnahmen des Landrats geprüft. Dem Rechnungsprüfungsausschuss wurden alle Belege und Unterlagen, die dem Jahresabschluss zugrunde liegen, zur Verfügung gestellt. Insbesondere lagen den Mitgliedern folgende Unterlagen vor:

- Jahresabschluss 2011 sowie die Anlagen zum Jahresabschluss
- Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes der Kreisverwaltung vom 07.02.2013 einschließlich der Stellungnahme des Landrats gemäß § 57 LKO i.V.m. § 113 Abs. 4 GemO.

Diese Unterlagen lagen den Kreistagsmitgliedern ebenfalls vor. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat über Art und Umfang sowie über das Ergebnis der eigenen Prüfungshandlungen einen Prüfungsbericht zu erstellen (§ 57 LKO i.V.m. § 113 Abs. 2 GemO). Nach Stellungnahme des Landrats gibt der Rechnungsprüfungsausschuss den Prüfungsbericht und die Stellungnahme des Landrats beim Kreistag ab (§§ 110 Abs. 3, § 113 Abs. 4 GemO). Der Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsausschusses war der Beschlussvorlage ebenfalls beigefügt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss spricht gegenüber dem Kreisausschuss bzw. Kreistag die Empfehlung aus, den geprüften Jahresabschluss 2011, wie von der Verwaltung vorgelegt, festzustellen und dem Landrat sowie den Kreisbeigeordneten die Entlastung zu erteilen.

Da der 1. Kreisbeigeordnete, Herr Jürgen Conrad, nicht im Prüfungszeitraum den Landrat vertreten hatte, führte er während dieses Tagesordnungspunktes den Vorsitz. Herr Landrat Dr. Hirschberger und die Kreisbeigeordneten Otto Rubly und Gerhard Kirch nahmen unter den Zuhörern Platz.

Sodann übergab Herr Conrad das Wort an den Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, Herrn Rudi Agne (SPD). Herr Agne zeigte zunächst die Eckdaten des Jahresabschlusses 2011 auf und erklärte, dass der Rechnungsprüfungsausschuss den Jahresabschluss mit seinen Anlagen risikoorientiert geprüft habe. Anschließend berichtete er über das Prüfungsverfahren. Nachdem die Prüfung zu keinen Einwendungen geführt habe, habe ihn der Rechnungsprüfungsausschuss ermächtigt, dem Kreisausschuss bzw. dem Kreistag den vorliegenden Prüfungsbericht abzugeben. Außerdem habe das Gremium einstimmig die Empfehlung ausgesprochen, den Jahresabschluss festzustellen und dem Kreisvorstand die Entlastung zu erteilen.

Nachdem keine Fragen vorgebracht wurden, stellte Herr Conrad die Feststellung des Jahresabschlusses und die Entlastung des Kreisvorstands jeweils gesondert zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Entsprechend den Empfehlungen des Rechnungsprüfungs- und des Kreisausschusses

Abstimmungsergebnis zu 5.1): (35 Dafür, 0 Dagegen, 0 Enthaltungen)

- a) stellt der Kreistag den geprüften Jahresabschluss, wie von der Verwaltung vorgelegt, gemäß § 57 LKO i.V.m. § 114 Abs. 1 Satz 1 GemO, fest, nimmt die geprüften Anlagen zum Jahresabschluss zur Kenntnis und

Abstimmungsergebnis zu 5.2): (35 Dafür, 0 Dagegen, 0 Enthaltungen)

- b) erteilt dem Landrat sowie den Kreisbeigeordneten gemäß § 57 LKO i.V.m. § 114 Abs. 1 Satz 2 GemO die Entlastung für das Haushaltsjahr 2011.

<b>Kreistags-Sitzung am 04.03.2013</b> <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>37</b>		
<b>TOP: 6</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

***Unterrichtung über unterjährige Prüfungen des Rechnungsprüfungsamtes im Jahr 2012***

Dem Rechnungsprüfungsamt obliegt die Prüfung der in § 57 LKO i.V.m. § 112 Abs. 1 GemO genannten Aufgaben. Die Ergebnisse dieser Prüfung sind jeweils in einem Schlussbericht zusammenzufassen, der dem Kreistag vorzulegen ist. (§ 57 LKO i.V.m. § 112 Abs. 7 GemO)  
Das Rechnungsprüfungsamt hat einen Schlussbericht erstellt, der den Mitgliedern des Kreistags vorlag.

Die Mitglieder des Kreistags nahmen den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis. Einwände und Fragen wurden keine vorgebracht.

<b>Kreistags-Sitzung am 04.03.2013</b> -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>37</b>		
<b>TOP: 7.1</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür <b>21</b>	Dagegen <b>16</b>	Enthaltung <b>0</b>

## ***Festsetzung des Kreisumlagehebesatzes***

### **Beschluss:**

Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier hat in Verhandlungen mit dem Landkreis für das Haushaltsjahr 2013 eine Anhebung des Kreisumlagehebesatzes um 2 Prozentpunkte auf 40 % gefordert.

In einem Gespräch mit allen Fraktionsvorsitzenden und dem Vorsitzenden der Kreisgruppe Kusel des Gemeinde- und Städtebundes hat die ADD einen Kompromiss vorgeschlagen, der dem unten angegebenen Beschlussvorschlag entspricht.

Über die Unterpunkte zum Haushalt 2013 wurde zusammen beraten.

Zuerst sprach der Vorsitzende zum Haushalt 2013. Trotz der derzeitigen Diskussion zur Erhöhung der Kreisumlage, gehe es in erster Linie um den Haushalt und dass man sparsam wirtschaftet, zeige sich u.a. in dem geplanten Schuldenabbau von rd. 400.000,- Euro. Dabei sei zu beachten, dass man alle Schulbaumaßnahmen weitgehend erledigt habe. Nachdem er die wesentlichen geplanten Ausgaben kurz ansprach wies er darauf hin, dass man aufgrund der Kreditpolitik im Durchschnitt hier weit geringere Kosten als andere Landkreise habe.

Hinsichtlich der geplanten Anhebung des Kreisumlagehebesatzes schlage er nicht, wie ursprünglich seitens der Aufsichtsbehörde gefordert, die Erhöhung um 2 Prozentpunkte sondern entsprechend dem gefundenen Kompromiss, eine Erhöhung um 1,5 %-Punkte vor. Dabei gehe die ADD davon aus, dass die Schulumlagen der Verbandsgemeinden Lauterecken, Wolfstein und Kusel im angemessenen Umfang erhalten bleiben. Weiterhin wies er darauf hin, dass sich der Kreisumlagehebesatz im Vergleich zum Landesdurchschnitt seit 2002 nach unten entwickelt habe und ging anschließend auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ein, wonach die Umlageverpflichtungen einer Ortsgemeinde von insgesamt rd. 108 % eine Überbelastung darstelle, wenn die Überprüfung durch das Verwaltungsgericht ergebe, dass diese dauerhaft sei. Im Landkreis Kusel betrage die Umlageverpflichtung unter Berücksichtigung der Verbandsgemeindeumlage im Höchstfall 89 %. Zwar wolle man auch, dass sich die Verbands- und Ortsgemeinden positiv entwickeln können, jedoch bleibe dem Landkreis außer der Jagdsteuer keine andere Möglichkeit, als über die Kreisumlage entsprechende Einnahmeverbesserungen zu erzielen. Gleichwohl stehe den Gemeinden der Rechtsweg gegen die Entscheidung offen.

Infolge der Reform des kommunalen Finanzausgleichs erhalte der Landkreis Kusel im Jahr 2014, 3,6 Mio. Euro und im Jahr 2015 6 Mio. Euro Mehreinnahmen und somit mehr Finanzmittel, als er persönlich erwartet hätte. Sollte für die Kosten der Eingliederungshilfe noch eine entsprechende Entlastung der Kommunen durch den Bund folgen, könne man im Landkreis Kusel wieder über einen vernünftigen Haushalt nachdenken. Bezüglich der Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz stellte er klar, dass die Aufsichtsbehörde den Beitritt des Landkreises Kusel wegen der nicht erfolgten Anhebung des Kreisumlagehebesatzes im Vorjahr bereits abgelehnt habe. Dadurch werde deutlich, dass bei einer Ablehnung der Umlageerhöhung auch die Teilnahme im Jahr 2013 abgelehnt werde und es sich dabei nicht nur um Drohgebärde handele. Vor dem Hintergrund, dass eine Erhöhung um einen Prozentpunkt mehrheitsfähig sei, müsse man die Erhöhung um weitere 0,5 %-Punkte

bei gleichzeitiger Festschreibung auf 4 Jahre sowie die damit verbundenen wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachten. Letztlich sei die Entscheidung eine Frage der Solidarität für den Landkreis.

Nachfolgend nahm Herr Matthias Bachmann für die SPD-Fraktion Stellung. Er stellte seinen Ausführungen vorweg, dass die gegenwärtige Diskussion zum Haushalt bereits mit der Genehmigung des vorangegangenen Haushalts begonnen habe. Die Mehreinnahmen durch die Zuweisungen des Landes seien zwar noch nicht ausreichend, jedoch erhalte der Landkreis dadurch mehr Handlungsfähigkeit. Er hob positiv heraus, dass die Tilgung der Investitionskredite die Neuaufnahmen um rd. 400.000,- Euro übersteige und auch die Aufsichtsbehörde weder konsumtiv noch investiv größere Einsparpotentiale habe erkennen können. Außerdem habe der Landkreis 1,3 Stellen im Stellenplan abgebaut. Dass die Verwaltung im Tagesgeschäft gut aufgestellt sei, zeige der Jahresabschluss 2011 der gegenüber dem Planansatz eine Ergebnisverbesserung von rd. 3,2 Mio. Euro ausweist.

Die Forderung der Aufsichtsbehörde, die Kreisumlage zu erhöhen komme nicht unerwartet und müsse vor dem Hintergrund verschiedener Faktoren betrachtet werden. Zum einen sei davon die Teilnahme am kommunalen Entschuldungsfonds abhängig und der Kreisumlagehebesatz liege unter dem Landesdurchschnitt. Gleichzeitig verzeichne man im Landkreis eine verhältnismäßig hohe Verbandsgemeindeumlage und die Ortsgemeinden müssten ihrerseits den Konsolidierungsbeitrag zur Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds leisten. Durch den Beitritt des Landkreises zum KEF erhalte man 43 Mio. Euro, die bei einer entsprechenden negativen Haltung eingeklagt werden müssten. Er persönlich finde, dass man die Debatte um die Umlagenerhöhung von der falschen Seite betrachte und erinnerte an die Zuwendungen des Landkreises für Kindergärten oder beispielsweise die Zuwendung für die Anbindung des Gewerbegebiets in Schönenberg-Kübelberg. Der nunmehr vorgeschlagene Kompromiss mit einer Umlagenerhöhung um 1,5 Prozentpunkte, festgeschrieben auf vier Jahre, gebe der kommunalen Ebene Planungssicherheit bis 2016 und die SPD-Fraktion werde nach intensiver Diskussion allen Punkten mehrheitlich zustimmen.

Für die CDU-Fraktion sprach Herr Xaver Jung. Er erklärte, dass er persönlich gegen die Umlagenerhöhung sei und auch seine Fraktion größtenteils dagegen sei. Dem vorliegenden Entwurf des Haushalts könne man hingegen zustimmen, wenn, wie im Kreisausschuss angedacht, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zur Erarbeitung haushaltswirksamer Verbesserungsvorschläge zustande komme. Der Landkreis Kusel sei der am höchst verschuldete Landkreis überhaupt und das Jahr 2012 habe für den Landkreis ein verlorenes Jahr dargestellt. Seitens des Landes erhalte man nun erst für die Jahre 2014 und 2015 Hilfe. Weiterhin führte er den im Handelsblatt kürzlich veröffentlichten Zukunftsatlas an, wonach der Landkreis Kusel auf Platz 356 von 412 Landkreisen und kreisfreien Städten rangiere. Lediglich zwei Landkreise aus dem ehemaligen Bundesgebiet würden noch hinter dem Landkreis Kusel rangieren und dies zeige eine deutliche Tendenz, nachdem man in den Vorjahren noch bessere Platzierungen erzielen konnte. Die jährlich sinkende Einwohnerzahl werde sich ebenfalls entsprechend auf die Steuereinnahmen auswirken. Gleichzeitig seien die Einnahmen aus dem kommunalen Entschuldungsfonds zu gering, um den Landkreis zu retten, insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Haushalt einen Fehlbedarf von rd. 13 Mio. Euro ausweise und der Landkreis bereits hohe Schulden habe. Im Zusammenhang mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts wies er darauf hin, dass man nicht nur Durchschnittswerte und insbesondere auch die Verbandsgemeindeumlage betrachten müsse. In seiner Funktion als Ortsbürgermeister habe er aufgrund der mit der Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds verbundenen Konsequenzen viel Kritik hinnehmen müssen und die dadurch erzielten Mehreinnahmen würden durch die Kreisumlageerhöhung nunmehr wieder aufgezehrt. Damit stelle sich für ihn die Frage, was man als Ehrenamtlicher eigentlich noch bewirken könne. Es sei eine pfälzische Tradition, sich zur Wehr zu setzen und er appellierte deshalb an alle Kreistagsmitglieder, ein Zeichen zu setzen und sich an die Seite der Bürgermeister zu stellen und gegen die Umlagenerhöhung zu stimmen.

Auch der Vorsitzende der FWG-Fraktion, Herr Rüdiger Becker, forderte die Mitglieder des Kreistags auf, gegenüber dem Land ein Zeichen zu setzen. Mit einem Altfehlbetrag von 125

Mio. Euro und einem Fehlbedarf von rd. 13 Mio. Euro sei der vorliegende Haushalt ein Mängelentwurf, wobei der Sparwille jedoch durchgehend erkennbar sei. Für die Unterhaltung der Gebäude sei der gleiche Betrag wie im Vorjahr veranschlagt und man müsse angesichts der Vielzahl der kreiseigenen Gebäude darauf achten, dass kein Investitionsstau entstehe. Die Ortsgemeinden hätten ihrerseits mit der Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds eine schwierige Entscheidung gefällt und seien nunmehr durch die Verschiebung der Lasten von oben nach unten die Leidtragenden. Er wies auf die besondere Belastung der Rentnerinnen und Rentner sowie der Geringverdiener im Landkreis hin, die ihre Einnahmesituation nicht ändern können. Hinsichtlich der Reform des kommunalen Finanzausgleichs erklärte er, dass diese keine gerechte Finanzmittelverteilung darstelle. Aus den genannten Gründen und nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass die Ortsgemeinden die Möglichkeit haben müssten, sich ohne Kredite finanzieren zu können, werde seine Fraktion die Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes, den Konsolidierungsvertrag zur Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds und den Haushalt 2013 ablehnen.

Herr Andreas Hartenfels trug die Stellungnahme der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ vor. Nicht nur die Kreisumlage sei unter dem Landesdurchschnitt, sondern auch strukturell sei der Landkreis Kusel unter dem Landesdurchschnitt. Gleichzeitig sei die Verbandsgemeindeumlage seit 10 Jahren durchschnittlich 8 % über dem Landesdurchschnitt. Dies entspreche ungefähr dem Zeitraum, in dem der Landkreis eine zu geringe Umlage erhoben habe. Vor diesem Hintergrund vermisse er den Aufschrei der Ortsgemeinden gegen den Anteil der Verbandsgemeinde und er finde es bemerkenswert, dass man sich jetzt ausschließlich gegen den Landkreis wende. Hätte der Landkreis in der Vergangenheit den Landesdurchschnitt erhoben, hätte man Mehreinnahmen von rd. 12 Mio. Euro erzielt. Anschließend ging er auf die Kommunalreform ein und kritisierte inhaltlich die Demographiestudie des Landkreises und forderte die Fortführung der Arbeit des Begleitgremiums unabhängig von der Fortsetzung der Demographiestudie.

Zum Haushalt erklärte er, dass der Landkreis Kusel ein strukturelles Defizit habe und daher eine Sonderlösung notwendig sei. Vor dem Hintergrund, dass sich hinsichtlich der Verbesserung der Finanzausstattung auf Landesebene einiges bewege, werde seine Fraktion, entgegen der Haltung in den Vorjahren, dem Haushalt zustimmen. Außerdem hoffe er auf entsprechende Bundesgelder für die Kosten der Eingliederungshilfe. Ein weiterer positiver Nebeneffekt stellen die Einnahmen aus dem Kommunalen Entschuldungsfonds dar. Diese positiven Wege wolle man weiter beschreiten und dem Haushalt in diesem Jahr auch vor dem Hintergrund der Solidarität und den Konsequenzen bei einer Ablehnung zustimmen.

Herr Robert Drumm (Die Linke) wies zu Beginn seiner Stellungnahme darauf hin, dass seine Fraktion bei der Entscheidung zur Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds die einzige gewesen sei, die den Beitritt abgelehnt habe und man vertrete diese Position auch weiterhin. Den Haushalt müsse man jedoch gesondert betrachten. Die Kommunen müssten für den Bund und das Land in Vorleistung treten, so dass der Landkreis Anfang Februar Liquiditätsprobleme hatte. Die Ortsgemeinden seien das Herz des demokratischen Systems und so sei es für seine Fraktion selbstverständlich, dass man sich gegen eine Überforderung der Gemeinden stelle. Während der Landkreis jedoch mit der Kreisumlage seit Jahren unter dem Landesdurchschnitt liege, würden die Verbandsgemeinden im Landkreis Kusel, mit Ausnahme von Glan-Münchweiler, Umlagen weit über dem Landesdurchschnitt erheben. Die Aufsichtsbehörde müsse sich hier den Vorwurf gefallen lassen, dass sie keine Reduzierung gefordert habe. Er bat die Kreistagsmitglieder, die in ihren Verbandsgemeinden Verantwortung tragen, sich für eine Senkung der Verbandsgemeindeumlage einzusetzen. An die Auswirkungen der kommunalaufsichtlichen Anweisung bei einer Ablehnung der Kreisumlagerhöhung möchte er jedoch nicht denken.

Nachfolgend redete Herr Peter Matzenbacher für die FDP-Fraktion. Der Landkreis Kusel sei unverschuldet pleite und im Haushalt werde erkennbar überall gespart. Er gehe davon aus, dass die Landesregierung ohne das Urteil des Verfassungsgerichtshofs nicht auf die Finanzmisere der Landkreise reagiert hätte. Dennoch hätte das Land die Mittel bereits früher bereitstellen können, wenngleich das Urteil das Land erst ab 2014 dazu verpflichtete. Unab-

hängig von der geplanten Erhöhung sei seine Fraktion außer Stande, dem vorliegenden Haushaltsentwurf zuzustimmen. Zum Schluss merkte er an, dass er sich schäme, den kommenden Generationen eine solch hohe Belastung zu hinterlassen.

Herr Egbert Jung, Vorsitzender der Wählergruppe Jung Egbert, stellte fest, dass der Sparwille im Haushalt erkennbar sei. Er sei persönlich gegen die Erhöhung der Kreisumlage und werde aus diesem Grund auch dem Haushalt nicht zustimmen. Die Erhöhung nehme der Ortsgemeinden die Luft zum Atmen und die Anstrengungen, die man in den Gemeinden in den letzten Jahren unternommen hätte, würden dadurch zunichte gemacht. Auch werde den ehrenamtlich Tätigen die Motivation genommen und er bat daher alle Kreistagsmitglieder, ihre Entscheidung nochmals zu überdenken.

Anschließend sprach Herr Hans Harth (FWG) zu der Thematik. Er stellte klar, dass es sich nicht, wie in der Diskussion dargestellt, um einen Streit zwischen dem Landkreis und den Ortsgemeinden handele. Fakt sei, dass der Landkreis finanziell an der Wand stehe. Aber auch die Gemeinden hätten in der Vergangenheit vieles geleistet, was sie künftig nicht mehr erledigen können, sollte ihnen nur noch rd. 10 % ihrer Umlagegrundlagen verbleiben. Die Konsequenzen durch die Erhöhung sei den Ortsgemeinden nicht mehr zu vermitteln. Er sehe die Gemeinden und den Landkreis als eine Einheit und er hätte sich gewünscht, dass sich der Kreistag nicht den Vorgaben der Aufsichtsbehörde unterwirft. Schließlich kritisierte er die Ankündigung von Herrn Hartenfels, dem Haushalt zuzustimmen, nachdem er in den Vorjahren stets negativ votiert habe. Er betonte nochmals, dass die FWG-Fraktion in allen Punkten nicht zustimmen werde.

Im Anschluss gab Herr Heinrich Steinhauer (Wählergruppe Jung) eine kurze persönliche Erklärung ab und erklärte, dass er dem vorgeschlagenen Kompromiss zustimme.

Nachfolgend ergriff Herr Klaus Müller (SPD) das Wort und begrüßte die kontroverse Diskussion zu dem Thema. Ohne den Widerstand gegen die angekündigte Erhöhung von ursprünglich zwei Prozentpunkten hätte es wahrscheinlich kein Gespräch mit der Aufsichtsbehörde und auch den nunmehr ausgehandelten Kompromiss nicht gegeben. Möglicherweise hätte sich die Aufsichtsbehörde aber auch davon überzeugen lassen, statt der Erhöhung weitere Einsparungen, evtl. unter Einbeziehung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe, zu akzeptieren. Zwar seien 0,5 %-Punkte betragsmäßig weniger bedeutend, jedoch würden im Ergebnis die besonderen Verhältnisse im Landkreis Kusel zu wenig Beachtung finden. Wie der hohe Anteil der Ortsgemeinden, die am Kommunalen Entschuldungsfonds teilnehmen, zeige, seien diese überproportional verschuldet und man dürfe sich daher beim Kreisumlagehebesatz nicht am Landesdurchschnitt orientieren. Er stellte an dieser Stelle ebenfalls in Frage, ob Herr Hartenfels anders entschieden hätte, wäre er nicht als Landtagsabgeordneter in der Verantwortung. Unter Berücksichtigung der Verbandsgemeindeumlage würden den Gemeinden im Höchstfall 11 % verbleiben. Er stellte klar, dass er sich nicht gegen die Erhöhung der Umlagerhöhung positioniert habe, um sich zu profilieren. Jedoch stehe er als Vorsitzender der Kreisgruppe des Gemeinde- und Städtebundes in besonderer Verantwortung und wolle der Entwicklung deshalb nicht länger zusehen. Er könne dies auch persönlich nicht akzeptieren und auch entsprechend öffentlich dargestellt, zumal man eine Erhöhung ohne die Forderung der Aufsichtsbehörde wohl nicht thematisiert hätte. Der Kreistag sollte daher ein Zeichen setzen und im Interesse der kreisangehörigen Gemeinden die Erhöhung ablehnen.

Auch Frau Katharina Büdel (FDP) plädierte dafür, sich gegen die Erhöhung der Kreisumlage zu stellen.

Im Anschluss erklärte Herr Detlef Bojak (SPD), dass es angesichts der finanziellen Situation keine angemessene Reaktion sei, weiter still zu halten und schilderte seine Vorbehalte gegen den vorgeschlagenen Kompromiss. Seinen Antrag auf geheime Abstimmung nahm er nach kurzer Stellungnahme des Vorsitzenden wieder zurück.



Zum Schluss reagierte Herr Andreas Hartenfels (Bündnis 90/Die Grünen) noch kurz auf die geäußerte Kritik.

Sodann stellte der Vorsitzende die Vorlagen jeweils getrennt zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt:

1. Der Kreisumlagehebesatz wird für das Haushaltsjahr 2013 bis 2016 auf 39,5 % festgesetzt.
2. Die Schulumlagen der Verbandsgemeinden Lauterecken, Wolfstein und Kusel bleiben im angemessenem Umfang erhalten.

<b>Kreistags-Sitzung am 04.03.2013</b> -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b> davon anwesend: <b>37</b>				
<b>TOP: 7.2</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>				
		<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 33%;">Dafür</td> <td style="width: 33%;">Dagegen</td> <td style="width: 33%;">Enthaltung</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;"><b>26</b></td> <td style="text-align: center;"><b>11</b></td> <td style="text-align: center;"><b>0</b></td> </tr> </table>	Dafür	Dagegen	Enthaltung	<b>26</b>
Dafür	Dagegen	Enthaltung				
<b>26</b>	<b>11</b>	<b>0</b>				

### **Konsolidierungsvertrag zur Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)**

Der Kreistag des Landkreises Kusel hatte ursprünglich dem Beitritt zum Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz im Jahre 2012 zugestimmt. Die ADD hat den vom Landkreis dafür vorgesehenen Konsolidierungsbeitrag mit Verweis auf die nicht erfolgte Anhebung des Kreisumlagehebesatzes nicht akzeptiert.

Nach erfolgter Umlageerhöhung soll der Landkreis nunmehr ab dem Haushaltsjahr 2013 am Kommunalen Entschuldungsfonds teilnehmen.

Der im Rahmen des Kommunalen Entschuldungsfonds maßgebliche Liquiditätskreditbestand des Landkreises beläuft sich auf 82.576.566 €. Die Laufzeit des Konsolidierungsvertrages beträgt 14 Jahre, die Jahresleistung am Kommunalen Entschuldungsfonds 4.616.030 €. Nach Abzug von zwei Drittel Landeszuweisung in Höhe von 3.077.353 € verbleibt ein jährlicher Konsolidierungsbeitrag des Landkreises in Höhe von 1.538.677 €, der durch eigene Konsolidierungsanstrengungen aufgebracht werden muss.

Im Rahmen des Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz ist es Aufgabe der teilnehmenden Kommune, konkrete Konsolidierungsmaßnahmen zur Erbringung ihres Drittanteils zu ergreifen. Dies kann durch Einsparungen im Bereich der freiwilligen Aufgaben, durch Einsparungen im Bereich der Pflichtaufgaben im Wege einer wirtschaftlicheren Aufgabewahrnehmung oder durch Einnahmeverbesserungen erfolgen.

Der Konsolidierungsbeitrag des Landkreises Kusel soll durch folgende Konsolidierungsmaßnahmen realisiert werden:

<b>Anhebung des Kreisumlagehebesatzes</b> Festsetzung des Kreisumlagehebesatzes von 37,015 % (gewogen) im Jahr 2011 auf 39,5 % im Jahr 2013 (Steigerung um 2,485 %)	1.443.760,00 €
<b>Umorganisation Reinigungsdienst</b> Durch die Neuorganisation des Reinigungsdienstes können folgende Kosten eingespart werden:	288.872,24 €
<b>Reduzierungen Personalkosten</b> Verwaltungsstellen werden nach dem Ausscheiden der betreffenden Mitarbeiter nicht wiederbesetzt und aus dem Stellenplan gestrichen	239.460,63 €
<b>Dienstleistungsvereinbarung mit Jobcenter</b> Eine Dienstleistungsvereinbarung mit dem Jobcenter erbringt einen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von	170.000,00 €
<b>Zusätzliche Mieteinnahmen</b> Mieteinnahmen bei der Wasserburg Reipoltskirchen, dem Gebäude Trierer Str. 39 sowie hauptsächlich beim Gebäude Lehnstr. 16 in Kusel (ehemalige Realschule Kusel) ergeben einen Beitrag in Höhe von	112.523,68 €

<b>Veränderung Turnus Kreisveranstaltungen</b>	3.333,33 €
Kreisveranstaltungen, wie der Kreisheimattag und der Kreisfeuerwehrtag sollen künftig zusammengelegt und der Turnus verlängert werden; Konsolidierungsbeitrag (auf 15 Jahre verteilt)	
<b>Verkauf Gebäude Fritz-Wunderlich-Str. in Kusel (Villa Bolkenius)</b>	3.214,29 €
Verkaufserlös in Höhe von 45.000,00 € erzielt in 2012 : 14 Jahre	
<b>Erstattung vom Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd für Buchungstätigkeit</b>	7.500,00 €
<b>Gesamt Konsolidierungsbeitrag</b>	<b>2.268.664,17 €</b>

Der Beratungsgegenstand wurde mit den übrigen Unterpunkten zum Haushalt 2013 gemeinsam beraten (vgl. TOP 7.1).

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt, am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz ab dem Haushaltsjahr 2013 unter Umsetzung der oben aufgeführten Konsolidierungsmaßnahmen teilzunehmen.

<b>Kreistags-Sitzung am 04.03.2013</b> -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>37</b>		
<b>TOP: 7.3</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür <b>26</b>	Dagegen <b>9</b>	Enthaltung <b>2</b>

### ***Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Landkreises Kusel für das Haushaltsjahr 2013***

Den Mitgliedern des Kreistags lag der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2013 vor. Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes war mit der Beratung der übrigen Unterpunkte zum Haushalt 2013 zusammengefasst (vgl. TOP 7.1). Bevor über die Angelegenheit abgestimmt wurde, sagte der Vorsitzende Herr Xaver Jung (CDU) für den Haushalt 2014 zu, dass eine interfraktionelle Arbeitsgruppe bei dessen Aufstellung mitwirken könne.

#### **Beschluss:**

Der Kreistag beschließt, die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan des Landkreises Kusel für das Haushaltsjahr 2013, wie von der Verwaltung vorgelegt.

<b>Kreistags-Sitzung am 04.03.2013</b> -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>37</b>		
<b>TOP: 8</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür <b>37</b>	Dagegen <b>0</b>	Enthaltung <b>0</b>

**Nationale Klimaschutzinitiative;  
hier: Erstellung einer Klimaschutzkonzeption für den Landkreis Kusel**

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bietet im Rahmen seiner nationalen Klimaschutzinitiative Fördermöglichkeiten für Kommunen an.

Die Fördermöglichkeiten beinhalten die Erstellung von integrierten Klimaschutzkonzepten und Teilkonzepten. Innerhalb dieser Konzeptionen sollen Entwicklungsgrundlagen für alle klimarelevanten Bereiche sowie technische und wirtschaftliche CO<sub>2</sub>- Minderungspotentiale ermittelt werden.

In einem ersten Schritt werden Potentialanalysen durchgeführt, auf deren Ergebnis handlungsorientierte Maßnahmenkataloge erstellt sowie ein Controlling-Konzept zum Monitoring entwickelt werden. Die wählbaren Teilkonzepte dienen dann der Konkretisierung von besonders relevanten Themengebieten.

Die Erstellung von integrierten Klimaschutzkonzepten sowie deren Teilkonzepte können vom BMU in erheblichen Umfang gefördert werden. Auf Grund der schwierigen finanziellen Situation des Landkreises wäre eine Förderhöhe, sowohl für das integrierte Klimaschutzkonzept als auch die vom Landkreis ausgewählten Teilkonzepte, bis zu 95% möglich.

Der Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 08.02.2013 dem Kreisausschuss bzw. dem Kreistag die Empfehlung ausgesprochen, die Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes sowie der Teilkonzepte „Klimaschutz in eigenen Liegenschaften“ und „Klimafreundliche Abfallentsorgung“ zu beschließen.

Nach einem vom Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS) aus Birkenfeld vorliegenden Angebot würden folgende Kosten anfallen:

	(brutto)
Integriertes Klimaschutzkonzept:	103.977,44 €
Teilkonzept „Klimaschutz in eigenen Liegenschaften“	25.200,00 €
Teilkonzept „Klimafreundliche Abfallentsorgung“	<u>25.135,18 €</u>
Summe:	154.312,62 €

Bei einer Förderquote von 95 % hätte der Landkreis somit lediglich einen Eigenanteil in Höhe von rd. 7.700 € zu tragen.

Um im Jahr 2013 noch eine Förderung zu erhalten, muss der Landkreis den Förderantrag bis spätestens 31.03.2013 beim BMU eingereicht haben. Das BMU entscheidet dann nach abschließender Antragsprüfung über die Förderung.

Die Erstellung des Klimaschutzkonzeptes ist Voraussetzung für die Förderung künftiger Umsetzungen klimarelevanter Maßnahmen.

Der Vorsitzende erläuterte, dass das Vorhaben eine sinnvolle Ergänzung zu der zu Beginn der Sitzung vorgestellten Potentialanalyse für erneuerbare Energien darstelle. Neben der Sitzung des Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschuss habe zu dem Thema außerdem eine Bürgermeisterdienstbesprechung und eine Informationsveranstaltung am Umweltcampus in

Birkenfeld stattgefunden. Er erläuterte kurz die Inhalte und Ziele der Konzeption und wies darauf hin, dass die fachliche Umsetzung durch einen Klimaschutzmanager erfolgen solle, wobei hierfür keine Neueinstellung geplant sei. Weiterhin wies er darauf hin, dass der Kreis-ausschuss die Beschlussempfehlung ausgesprochen habe, dass der Beschluss mit der Maßgabe gefasst werden solle, dass das Vorhaben mit dem Höchstsatz gefördert wird.

Herr Dr. Wolfgang Frey (Bündnis 90/Die Grünen) stellte zunächst klar, dass es sich bei der Bundesförderung nicht um Steuermittel sondern um Einnahmen aus dem Emissionshandel handele. Nachdem seine Fraktion das Thema im vergangenen Jahr eingebracht habe, werde man der Vorlage selbstverständlich zustimmen. Er begrüßte, dass die Erstellung des integrierten Klimaschutzkonzeptes um zwei sehr sinnvolle Teilkonzepte erweitert worden sei. Aus seiner Sicht sei nunmehr von Bedeutung, dass auch die Verbandsgemeinden ihrerseits das Thema verfolgen und dass man die Bevölkerung durch entsprechende Workshops erreiche. Entscheidend für die anschließende Umsetzung sei die Installation eines qualifizierten Klimaschutzmanagers. Seine Fraktion sei überzeugt davon, dass das Vorhaben ökonomisch sinnvoll sei und einen Beitrag zur Verminderung des Haushaltsdefizits leisten könne. Er bat schließlich alle Fraktionen um ihre Zustimmung.

Für die CDU-Fraktion erklärte Herr Xaver Jung, dass man dem Vorhaben bereits im letzten Jahr zugestimmt hätte, da Klimaschutz auch regionale Wertschöpfung bedeute.

Sodann wurde über die Beschlussvorlage unter Berücksichtigung der vom Kreisausschuss vorgeschlagenen Änderung abgestimmt.

### **Beschluss:**

Der Kreistag beschließt, mit der Maßgabe, dass das Vorhaben mit dem Höchstfördersatz gefördert wird, die Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes sowie der Teilkonzepte „Klimaschutz in eigenen Liegenschaften“ bzw. „Klimafreundliche Abfallentsorgung“. Die erforderlichen Mittel sind im Haushalt 2013 bereit zu stellen. Die Vergabeentscheidung verbleibt dem Kreisausschuss überlassen.

<b>Kreistags-Sitzung am 04.03.2013</b> -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b> davon anwesend: <b>37</b>				
<b>TOP: 9</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>				
		<table border="1"> <tr> <td>Dafür</td> <td>Dagegen</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td><b>37</b></td> <td><b>0</b></td> <td><b>0</b></td> </tr> </table>	Dafür	Dagegen	Enthaltung	<b>37</b>
Dafür	Dagegen	Enthaltung				
<b>37</b>	<b>0</b>	<b>0</b>				

***Vitalbad Pfälzer Bergland GmbH, hier: Bürgschaft des Landkreises für Kredite der Gesellschaft***

Der Landkreis Kusel ist zusammen mit der Verbandsgemeinde Kusel Mitgesellschafter an der Vitalbad Pfälzer Bergland GmbH. Die Gesellschaftsanteile verteilen sich wie folgt:

Landkreis Kusel	50 %
Verbandsgemeinde Kusel	50 %

Die Geschäftsleitung der Vitalbad Pfälzer Bergland GmbH hat auf Grundlage des Wirtschaftsplanes 2010 einen Kassenkreditrahmen von 300.000,- € festgelegt. In der Sitzung vom 07.07.2010 beschloss die Gesellschafterversammlung einen Kontokorrentkredit in Höhe von 150.000,- € aufzunehmen. Dieser Kontokorrentkredit ist mit einer Ausfallbürgschaft vom 25.08.2010 durch die Verbandsgemeinde Kusel verbürgt.

Da der Kontokorrentkredit nunmehr ausgeschöpft ist und der Kreditgeber eine Ausweitung des Kontokorrentkredites auf 300.000,- € nur durch die Vorlage einer weiteren Ausfallbürgschaft vornimmt, bittet die Gesellschaft den Landkreis Kusel um die Übernahme einer Ausfallbürgschaft in Höhe des Gesellschaftsanteiles von 50 %. Die Bürgschaftshöhe würde demnach 150.000,- € betragen.

Gemäß § 57 LKO i.V.m. § 104 GemO bedarf die Bestellung der Bürgschaft der Genehmigung der ADD in Trier.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt – vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier – zugunsten der Vitalbad Pfälzer Bergland GmbH eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 150.000,- € zu bestellen.

<b>Kreistags-Sitzung am 04.03.2013</b> -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>37</b>		
<b>TOP: 10</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür <b>33</b>	Dagegen <b>0</b>	Enthaltung <b>4</b>

**Anträge von Fraktionen des Kreistags;  
hier: Erstellung eines Armutsberichts (Die Linke)**

Den Mitgliedern des Kreistags lag der Antrag der Kreistagsfraktion „Die Linke“ zur Erstellung eines Armutsberichts für den Landkreis Kusel vor.

Der Vorsitzende der antragstellenden Fraktion, Herr Robert Drumm, erläuterte kurz die Gründe, die seine Fraktion dazu veranlasst habe, die Erstellung eines Armutsberichts zu beantragen. Der Landkreis Kusel sei mit 30,7 % einer der drei Landkreise aus Rheinland-Pfalz, die zu den zehn Städten und Landkreisen in Deutschland mit dem höchsten Anteil an Minijobs zählen. Davon seien wiederum zwei Drittel ausschließlich geringfügig Beschäftigte. Bei den weiblichen Beschäftigten liege der Anteil der Minijobs in Kusel bei rd. 37 %. Diese Beschäftigten erzielen meist ein so geringes Einkommen, dass sie als Aufstocker ergänzende Leistungen erhalten. Da sich diese Zahlen zudem nicht in der Arbeitsmarktstatistik widerspiegeln, beantrage seine Fraktion, einen Armutsbericht zu erstellen, um künftig ein Steuerungselement zur Bekämpfung der Armut zu haben. Weiterhin stellte er klar, dass der Antrag nicht im Zusammenhang mit der Haushaltsberatung gestellt wurde.

Herr Mathias Bachmann erklärte, dass die SPD-Fraktion dem Antrag grundsätzlich zustimme, man bei der Erstellung jedoch auch karitative Einrichtungen mit einbeziehen solle. Weiterhin solle das Konzept unter Beteiligung aller Kreistagsfraktionen vorher inhaltlich abgestimmt werden.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Xaver Jung, erklärte, dass seiner Fraktion wichtig sei, dass aus dem Bericht, der möglichst kostenneutral erstellt werden solle, konkrete Maßnahmen abgeleitet werden können und anschließend über die Umsetzung berichtet werde.

Herr Klaus Müller stellte klar, dass die Erstellung nicht ohne Mehraufwand für die Fachabteilung erfolge und daher von Bedeutung sei, dass man vorher die Ziele, die man mit Bericht verfolge, konkret definiere.

Der Vorsitzende schilderte kurz seine Erwartungen an den Bericht und sagte zu, dass er alle Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen zu einem Gespräch einlade, bei dem die Ziele konkret definiert werden sollen. Überdies erhalte jede Fraktion vorab den Armutsbericht des Landkreises Bad Kreuznach. Sodann stellte er den Antrag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Kreistag stimmt dem Antrag der Kreistagsfraktion „Die Linke“ zur Erstellung eines Armutsberichts zu.



<b>Kreistags-Sitzung am 04.03.2013</b> <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>37</b>		
<b>TOP: 11</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

**Anfragen von Fraktionen des Kreistags;  
hier: Lärmschutz/Raumakustik in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen  
(Bündnis 90/Die Grünen)**

Den Mitgliedern des Kreistags lag eine Anfrage der Kreistagsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ vor. Der Vorsitzende ging kurz auf die Anfrage ein und wies darauf hin, dass die Anforderungen der DIN 18041 an die Raumakustik bei Baumaßnahmen beachtet werde. Bezüglich der Mensa am Gymnasium wies er darauf hin, dass die Norm für dieses Gebäude nicht anwendbar sei, jedoch die Akustik durch entsprechende bauliche Maßnahmen besser sei, als eigentlich notwendig. Mit Zustimmung der anfragenden Fraktion erklärte er, dass die Beantwortung schriftlich erfolge und allen Mitgliedern des Kreistags übermittelt werde.

<b>Kreistags-Sitzung am 04.03.2013</b> <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>37</b>		
<b>TOP: 12</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

### **Informationen**

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes informierte der Vorsitzende die Mitglieder des Kreistags über folgende Themen:

- **Gymnasium Kusel**

Zunächst informierte er, dass sich der bisherige Leiter des Gymnasiums Kusel, Herr Ralf Hellwig, schriftlich bei Ihm verabschiedet habe und nahm dazu kurz Stellung. Herr Hellwig sei an die ADD Trier abgeordnet und die Schulleiterstelle bereits neu ausgeschrieben.

- **Tourist-Info und Mobilitätszentrale „hin und weg“**

Nachfolgend informierte er, dass der ADAC Pfalz am Mittwoch, dem 03.04.2013, im Hause der Kuseler Tourist-Info und Mobilitätszentrale „Pfälzer Bergland hin und weg“ eine Vertretung eröffne.

- **Neuwahl ehrenamtlicher Richter**

Zum Schluss verwies er auf ein Schreiben zur Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Verwaltungsgerichtes Neustadt/Weinstraße bzw. des Oberverwaltungsgerichtes Rheinland-Pfalz in Koblenz, dass den Fraktionsvorsitzenden des Kreistags ausgeteilt war.

Einwände gegen die vom Vorsitzenden vorgetragene Informationen wurden seitens der Mitglieder des Kreistages nicht erhoben.

\*\*\*\*\*

Die Sitzung begann um 16:00 Uhr und endete gegen 19:45 Uhr.

\*\*\*\*\*

Geschlossen:

Der Vorsitzende:



(Dr. Winfried Hirschberger)  
Landrat

Der Schriftführer:



(Manfred Drumm)  
Kreisoberverwaltungsrat

**Werden in unserem Landkreis bei anstehenden baulichen Veränderungen, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen in den Schulen oder sonstigen Betreuungseinrichtungen die Anforderungen der DIN 18041 an die Raumakustik beachtet?  
(Es soll eine Liste der Baumaßnahmen der letzten fünf Jahre beigefügt werden, bei denen die DIN Berücksichtigung gefunden hat)**

Die DIN 18041, „Hörsamkeit in kleinen und mittelgroßen Räumen“ wird bei den genannten Baumaßnahmen beachtet.

Sowohl bei den selbst durchgeführten Maßnahmen, als auch bei Projekten, die von externen Planungsbüros betreut wurden, hat die Verwaltung zusammen mit den Fachplanern und Herstellerfirmen entsprechende Akustikkonzepte entwickelt und umgesetzt. So wurden z.B. eine Vielzahl von Unterrichtsräumen und Fluren mit speziellen Akustikdecken ausgestattet, welche die Nachhallzeit stark reduzieren.

Wenngleich keine Nachweise in Form von Berechnungen oder Raummessungen vorliegen, kann nach der Informationsschrift des Landes Rheinland-Pfalz „Lärmschutz in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen“ bei standardmäßigen Räumen davon ausgegangen werden, dass mit dem Einbau derartiger Decken eine gute Raumakustik erreicht wird.

In den letzten fünf Jahren wurden an folgenden Schulen Maßnahmen zur Verbesserung der Akustik durchgeführt:

2006/ 2010	Gymnasium Kusel	Generalsanierung der Gebäude
2008/ 2009	Jakob-Muth-Schule, Kusel	Anbringen von schalldämmenden Materialien an Decken in den Klassenräumen und auf den Fluren
2010	Ehem. Realschule Kusel	Sanierung der Aula
	Janusz-Korczak-Schule, Lauterecken	Lehrküche
2011	IGS, Schönenberg-Kbg.	Lehrerzimmer Mensa
2012	Realschule Plus, Lauterecken	Speiseraum

**Werden Architekten und Planer auf die DIN 18041 hingewiesen und angehalten, für deren Einhaltung zu sorgen (und dies auch nachzuweisen)?**

Beauftragte Objekt- und Fachplaner werden von der Verwaltung angehalten, alle für die Aufgabenstellung relevanten DIN-Normen einzuhalten, so auch die DIN 18041.

Ein Nachweis wurde bisher nicht verlangt, da es nach den ausgeführten Arbeiten stets zu einer deutlichen Verbesserung der Akustik bzw. Nachhallzeit kam.

Auf Verlangen kann ein Nachweis jedoch geführt bzw. vorgelegt werden.

Die Informationsschrift „Lärmschutz in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen“ liegt der Verwaltung vor und wird den Planern zur Verfügung gestellt.